

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



„Die Schlüssel zum Sieg“

Alfred Gusenbauer nennt die Schwerpunkte seines Programms

Der Wahlkampfauftakt in der Wiener Stadthalle und dann der Parteitag der SPÖ in Linz waren starke Signale für die Entschlossenheit der Partei, am 1. Oktober die sechs Jahre schwarz-blau-oranger Regierung durch einen Wahlsieg zu beenden. Mit 95,2 Prozent Zustimmung zur Wiederwahl des Bundesparteivorsitzenden Alfred Gusenbauer bestätigte der Parteitag das Vertrauen der Sozialdemokraten in ihren Kanzlerkandidaten. In seiner groß angelegten Parteitagsspreche fasste Gusenbauer die Hauptpunkte seines Programms als die Schlüssel für diese bessere Zukunft zusammen.

An erster Stelle steht die Arbeit. Gusenbauer erinnerte daran, dass Österreich früher einmal mit seiner Vollbeschäftigung in ganz Europa beneidet worden ist. Schlüssel hat zwar mehr Arbeit und weniger Arbeitslosigkeit versprochen, aber nun herrscht Rekordarbeitslosigkeit. „Unser Ziel bleibt die Rückkehr zur Vollbeschäftigung!“ In den nächsten Jahren soll die Arbeitslosigkeit um 30 Prozent gesenkt und die Jugendarbeitslosigkeit halbiert werden. Dazu muss die Aus- und Weiterbildung verbessert, müssen die öffentlichen Investitionen angekurbelt, Forschung und Innovation intensiv gefördert werden. Die SPÖ wird aber auch dafür sorgen, dass den hart arbeitenden Menschen mehr von ihrem verdienten Geld bleibt; große Unternehmen mit hohen Gewinnen



Kanzlerkandidat Gusenbauer: „Mein Erfolg ist euer Erfolg.“

sollen einen fairen Beitrag für die Allgemeinheit leisten.

Der zweite Schlüssel für eine gute Zukunft ist die Bildung. Die Talente und Begabungen aller Kinder sind zu fördern, „Bildung heißt für uns zweierlei“, betont Gusenbauer. „Zu einem mündigen und kritischen Menschen zu werden. Und die Kenntnisse und Fertigkeiten entwickeln, die fit für den Arbeitsmarkt der Zukunft machen.“ Als konkrete Schritte, das blamable Erbe der Regierung Schlüssel wegzubringen, sind vorgesehen: Vorschuljahr mit Sprachförderung für alle Kinder, mehr Kindergartenplätze, Erhöhung der Zahl der Ganztagschulen, Abschaffung der Studiengebühren.

Drittens: Faire Pensionen. Es sei keine leichte Aufgabe, die Pensionen der Zukunft zu

sichern. Aber nicht auf die unfaire Weise der Regierung, deren „Reform“ die Arbeiter und Angestellten, vor allem die Frauen, traf. Die SPÖ hat ein schlüssiges und durchgerechnetes Pensionsmodell erarbeitet. Dessen Grundprinzip: Wer 45 Jahre gearbeitet hat, hat ein Recht darauf, im Alter in Würde zu leben, also auf ein erstklassiges Pensionssystem. „Wir werden die Leistungen der älteren Generation würdigen und faire und gute Pensionen garantieren!“

Viertens: Unser Gesundheitssystem gehört zu den besten der Welt, und das ist ein Ergebnis sozialdemokratischer Politik. Aber Schlüssel Belastungsmaßnahmen, wie neue Gebühren, erhöhte Selbstbehalte und Leistungskürzungen, weisen den Weg in Richtung Zweiklassenmedizin. Die SPÖ hält dagegen fest: „Jedem und jeder muss der Zugang zu allen medizinisch sinnvollen und notwendigen Leistungen offen stehen.“ Deshalb sind zunächst Obergrenzen bei den Selbstbehalten vorgesehen. Die Finanzierung des Gesundheitswesens wird auf gesunde Beine gestellt. Auch, was die Pflegekrise anlangt. Schlüsselkennt sie aus eigener Erfahrung, aber er sagt, es gibt da keine Probleme. „Das ist unmoralisch, ungesetzlich, nicht richtig.“ Die SPÖ wird ein neues Berufsbild, „Betreuung daheim“, schaffen und so die Betreuung aus der Illegalität herausholen.

Ein weiteres Ziel, das die von der SPÖ geführten Regierungen

erfolgreich angepackt haben, sind weitere Schritte auf dem Weg zur Gleichstellung der Frauen. „Frauen sollen frei entscheiden können, wie sie leben wollen. Dafür ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie so wichtig. Wir wollen die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen schließen und Erwerbs- und Karrierechancen sowie den Wiedereinstieg ins Berufsleben fördern.“

Ohne auf Koalitionsspekulationen einzugehen – da entscheiden die Wähler –, betonte Gusenbauer jedoch: „Wir werden uns nicht mit Leuten verbünden, die unsere Verfassung zum Witz machen wollen, Ortstafeln verrücken oder Schilder malen. Und nicht mit Leuten, die andere Menschen mit Bussen und Zügen aus unserem Land wegschaffen wollen. Und falls wir mit einem zukünftigen Partner eine Vereinbarung verhandelt haben, dann müssen wir dieses Ergebnis auch in unserer Partei so breit wie möglich diskutieren und dann beschließen. Das ist notwendig für die Stabilität einer zukünftigen Regierung, aber das ist auch selbstverständlich in einer demokratischen Partei wie der SPÖ.“ Unter stürmischem, lang anhaltendem Beifall schloss Alfred Gusenbauer: „Österreich braucht einen Kanzler, der die Träume unserer Eltern verwirklicht und der die Zukunft unserer Kinder sichert. Mein Erfolg ist euer Erfolg! Machen wir uns auf den Weg zum Sieg.“



Schloss Lannach: Bartenstein soll Gedenktafel anbringen!

Der „Standard“ enthüllte kürzlich, dass Schloss Lannach bei Graz, in dem sich das Unternehmen der Familie von ÖVP-Wirtschaftsminister Martin Bartenstein befindet, bis 8. Mai 1945 eines von acht Außenlagern des Konzentrationslagers Mauthausen war. Frauen, die als „Zeuginnen Jehovas“ zuerst im KZ Ravensbrück interniert waren, wurden 1944 in das Subkommando Lannach als Zwangsarbeiterinnen überstellt. In Fachkreisen war diese Tatsache bekannt, der Historiker Bertrand Perz berichtet, dass sich im

Schloss ein SS-Institut für Pflanzengenetik befand; dort wurden 15 Zwangsarbeiterinnen aus Polen, Böhmen-Mähren und Deutschland als Reinigungskräfte verwendet. Perz weist darauf hin, dass auf der Homepage des Unternehmens „Lannacher Heilmittel GmbH“ die Chronik des Schlosses (seit 1590) eine Lücke für die Jahre 1816–1947 aufweist. Das Schloss wurde nach dem Krieg von Zirm und Loew als Firmensitz erworben. 1966 erwarb Leopold Bartenstein die Mehrheitsanteile. 1980 übernahm dessen Sohn Dr. Martin Bartenstein

das Unternehmen. Auffallend ist, dass bereits 1947 in dem Schloss, in dem sich Hirnmlers Institut befand, wieder eine Pharmaproduktion errichtet wurde, die sich auch mit pflanzlichen Heilmitteln beschäftigt. BM Bartenstein erklärte dazu, dass er von dieser Vergangenheit des Schlosses nichts gewusst habe; die Enthüllung über das KZ-Außenlager sei für ihn bedrückend. In der Lannacher Ortschronik sei darüber nichts zu finden. Er bat den (ÖVP-nahen) Historiker Stefan Karner, die Geschichte des Schlosses wissenschaftlich auf-

zuarbeiten. Allerdings erfolgte eine solche Aufarbeitung für die NS-Zeit bereits durch die Zeithistoriker Bertrand Perz und Florian Freund; sie wird demnächst in der Buchreihe: „Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager“ erscheinen. Die Sozialdem. Freiheitskämpfer und andere Opferverbände forderten den Minister auf, eine Gedenktafel am Schloss anbringen zu lassen und einen musealen Gedenkraum einzurichten. Eine entsprechende Forderung stellten auch die steirischen Freiheitskämpfer. ■

Ehrung für „Kinder“ vom Spiegelgrund

Fünfundzwanzig Überlebende vom Spiegelgrund wurden mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien für ihre wichtige Aufklärungs- und Zeitzeugenarbeit über die Gräueltaten der Nazizeit ausgezeichnet. Stadträtin Renate Brauner sagte bei der Verleihung im Rathaus: „Sie

haben grausame Erfahrungen gemacht und Wunden erlitten, die wohl nie ganz heilen werden. Trotzdem werden Sie nicht müde, als Zeitzeugen im kleinen wie im großen Kreis immer wieder über Ihre Erlebnisse zu berichten. Das Land Wien zollt Ihnen Respekt und bedankt sich für Ihre Bereit-

schaft, Zeugnis von dem abzugeben, was Ihnen widerfahren ist.“ Am Spiegelgrund fielen rund 800 Kinder der NS-Euthanasie zum Opfer, insgesamt wurden am Steinhof (heute Otto Wagner Spital) rund 7.500 Patienten getötet. Es gebe heute die Gefahr der Intoleranz, der Inhumanität, der Fremden-

feindlichkeit, der Homophobie und des Antisemitismus. Die zeitliche Distanz zum Nationalsozialismus erlaube nicht, zu übersehen, wohin diese auflebenden Gefahren führen. „Die geehrten Zeitzeugen helfen uns, zu erkennen, wenn Freiheit und Menschenwürde gefährdet sind“, sagte Brauner. ■

Manfred Ackermann zum Gedenken

Am 17. Juni gedachte die Bezirksgruppe Favoriten der Freiheitskämpfer Professor Manfred Ackermanns anlässlich seines 15. Todestages. Manfred Ackermann wurde am 1. November 1898 in Nikolsburg geboren. 1899 zog die Familie nach Wien, in die Brigittenau. Er wurde Handelsangestellter und lernte Max Kreisky, den Vater Bruno Kreiskys, kennen, der ihn mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Kontakt brachte. Zunächst widmete sich

Ackermann vor allem der Jugendarbeit. Nach dem 12. Februar 1934 gehörte er dann dem „Fünferkomitee“ an, das am 9. März im Café Siller in Mariahilf auf Vorschlag Ackermanns die „Revolutionären Sozialisten“ (RS) gründete. Ackermann wurde zum Vorsitzenden des Zentralkomitees gewählt, aber schon wenige Wochen danach verhaftet und ins Anhaltelager Wöllersdorf gebracht. Nach dem Einmarsch Hitlers floh er nach Italien, dann nach Portugal und

erhielt schließlich mit seiner Familie ein Visum für die USA. 1964 nach Österreich zurückgekehrt, wohnte er mit seiner Gattin Paula in Favoriten und begann mit seiner politischen Arbeit in vielen Bildungsfunktionen. Als Ehrenvorsitzender der Freiheitskämpfer regte er die Bildung eines Jugendkontaktkomitees an. Seine Reden waren rhetorische Meisterwerke und er äußerte, bei aller Liebe zur Bewegung, auch offen Kritik, wenn ihm an der Partei etwas missfiel. Seine



Foto: Freiheitskämpfer

Schüler und Freunde haben seiner „Erziehung zum Menschenbewusstsein“ viel zu verdanken. Ackermann starb am 16. Juni 1991. ■

Herta Slabina

Otto Bauers Größe und Tragik

Otto Bauer wurde am 5. September 1881 in Wien als Sohn einer aus Böhmen stammenden jüdischen Familie geboren. Sein Vater hatte dort zwei Textilfabriken gegründet, die den Wohlstand der Familie sicherten. Die frühe Begegnung mit den Schriften von Karl Marx weckte in ihm den Vorsatz, das soziale Unrecht, unter dem das Proletariat litt, beseitigen zu helfen. Den väterlichen Wunsch, die Leitung seiner Fabrik zu übernehmen, wollte er nicht erfüllen; ein Jusstudium war ihm Begleitung für das große Lebensziel, an der Verwirklichung des Sozialismus mitzuarbeiten. Er schloss sich der Sozialdemokratie an. Als Karl Kautsky Bauers erste Arbeit, „Marx' Theorie der Wirtschaftskrisen“, veröffentlichte, wurde er in den Freundeskreis des Philosophen Max Adler, des Nationalökonomens Rudolf Hilferding und des Staatsrechtlers Karl Renner aufgenommen. Und bald fand er auch in Victor Adler einen väterlichen Lehrer; als Bauer im Weltkrieg in russische Gefangenschaft geriet, war es Adler, der seine Heimkehr in einem Gefangenenaustausch bewirkte. Adler wusste, dass solche Köpfe für die Partei unentbehrlich waren. Hatte doch Otto Bauer bereits 1907 in seinem Buch „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ Lösungen des Problems, das die Donaumonarchie zu sprengen drohte, angeboten.

Habsburg war nicht mehr imstande, dieses Problem zu lösen. Mit der Niederlage im Weltkrieg fiel, wie Bauer es vorhergesehen hatte, die Monarchie auseinander. Victor Adler, zum Staatssekretär des Äußeren gewählt, starb am Tag vor der Ausrufung der Republik. Sein engster Mitarbeiter, Otto Bauer, übernahm sein Amt. Entsprechend der Erklärung des Abgeordnetenhauses, die Deutschösterreich als Teil der



Otto Bauer 1881–1938

Deutschen Republik proklamierte, sah sich Bauer beauftragt, das gesamtdeutsche Vermächtnis der Revolution von 1848 zu erfüllen. Es kam anders. Frankreich dekretierte bei den Friedensverhandlungen ein Anschlussverbot, und Österreich musste zudem auf die der Tschechoslowakei einverleibten deutschsprachigen Gebiete und auf Südtirol verzichten. Otto Bauer trat zurück. Sein Biograph Julius Braunthal meinte, dass die Geschichte des 20. Jahrhunderts anders verlaufen wäre, wenn sich Bauers Vorstellungen durchgesetzt hätten. In dem hungernden und zum Kleinstaat beschnittenen Österreich herrschte in der Arbeiterschaft eine revolutionäre Stimmung. Viele glaubten, man müsse dem Beispiel der Räteregierung in Ungarn folgen. Otto Bauer war gegen „den Glauben an die Allmacht der Maschinen-gewehre“. Zusammen mit Friedrich Adler gelang es ihm, Österreich vor einem ebenso blutigen wie aussichtslosen kommunistischen Abenteuer zu bewahren; in

seinem Werk „Die österreichische Revolution“ hat er deren Gang in allen Facetten festgehalten.

Das sozialdemokratische Bekenntnis zur Demokratie war Bauer unantastbar: Sozialismus mit dem Stimmzettel zu erreichen, war und blieb sein Ziel. In „Der Weg zum Sozialismus“ entwickelte er ein konkretes System der wirtschaftlichen Selbstverwaltung durch das Volk als Ablösung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Mit dem Ende der Koalition mit den Christlichsozialen (1920) stand die Sozialdemokratie zunächst einer erstarkten Reaktion gegenüber, die in der Politik des Bundeskanzlers und Prälaten Ignaz Seipel ihren stärksten und den „Roten“ in kompromissloser Feindschaft gegenüberstehenden Repräsentanten fand. Das Aufbauwerk des „Roten Wien“ bildete den Gegenpol, der den Arbeitern zeigte, wie eine Politik in ihrem Interesse aussehen konnte. Mit dem „Linzer Programm“ von 1926 und dem darauf folgenden Wahlsieg im April 1927 schien die

Partei ihren Höhenflug anzutreten. Überzeugt, dass die bolschewistische Theorie der „Diktatur des Proletariats“ in der Praxis zu einer Diktatur der Apparatschiks ausarten müsse, wollte Bauers Programm diesen Begriff nur als rein defensiv gegen eine Verhinderung der Machtausübung durch eine demokratisch gewählte Mehrheit verstanden wissen.

Das Massaker beim Justizpalast im Juli 1927 ließ erkennen, wozu die Reaktion fähig war. Und als Seipel trotz Generalstreiks nicht bereit war, die Vorfälle von einer Kommission untersuchen zu lassen, rief die Partei die Arbeiter nicht auf die Straße, weil das den Bürgerkrieg bedeutet hätte. 1933, als Dollfuß den Wiederzusammentritt des durch eine Geschäftsordnungs-panne lahmgelegten Parlaments mit Polizeigewalt verhinderte, hätte ein Generalstreik den austrofaschistischen Kurs möglicherweise stoppen können: Dass er nicht ausgerufen wurde, hat Otto Bauer später selbst als schwersten Fehler eingestanden. 1934 war es zu spät, die Kämpfer standen mit dem Rücken zur Wand. Die Verbindung der in die Illegalität gedrängten Genossen mit Otto Bauer im Brünnener Exil wurde durch die Schuschnigg-Polizei unterbrochen, es folgte der große Sozialistenprozess in Wien. Aber schon war der Weg zum Einmarsch Hitlers in Österreich – die strategische Schlüsselstellung, die ihm den Krieg zur Herrschaft über Europa geben würde, hatte Bauer schon nach dem Februar 1934 gewarnt – vorgezeichnet. In seinem letzten Zufluchtsort Paris rüttelte Otto Bauer in einem letzten Artikel an das Gewissen der Welt, die von Ausrottung bedrohten Juden Österreichs zu retten. Kurz danach, in der Nacht vom 4. zum 5. Juli 1938, brach sein Herz, das ein Leben lang für die Ausgebeuteten und Entrechteten geschlagen hatte. ■

Manfred Scheuch

Gedenken im Ahornhof

Anlässlich des 125. Geburtstagstages von Otto Bauer organisierten die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer Favoriten eine Gedenkfeier im Ahornhof, der großen Gemeindebau-Anlage am Wienerberg. An dem Haus, in dem 1934 die Kampfleitung des Schutzbundes tagte, befindet sich eine Gedenktafel, die an Otto Bauer erinnert. Dort wurde namens der Freiheitskämpfer ein Kranz niedergelegt. Deren Bezirksvorsitzende Herta Slabina begrüßte die Teilnehmer der Gedenkveranstaltung, dann ergriff nach SPÖ-Bezirksobmann NR Anton Gaál Bundesvorsitzender Prof. Alfred Ströer das Wort.

Er stellte das politische Wirken Bauers als erster Außenminister der jungen Republik und dann als Parlamentarier und geistiger Kopf der Sozialdemokratie dar. Bauers Ziel war es, im Wege freier Wahlen zum Sozialismus zu gelangen. Als dies in greifbare Nähe rückte, zerstörte die Reaktion die Demokratie.

Im Februar 1934, als der Schutzbund der Übermacht von Bundesheer, Polizei und Heimwehr weichen musste, gelang Otto Bauer und Julius Deutsch mit Hilfe tschechischer Freunde die Flucht nach Bratislava, zu der sie auch die junge Rosa Jochmann beschwor, weil sie bei einer Gefangennahme mit dem Todesurteil rechnen mussten.

An das Wirken und die großen Verdienste Otto Bauers für die österreichische Sozialdemokratie erinnern die Freiheitskämpfer auch mit der Otto-Bauer-Plakette, die sie bewährten Funktionären und Mitarbeitern verleihen.

Alfred Ströer



An der Gedenkfeier nahmen der Sohn von M. Hilferding, Dr. Peter Milford, mit Familienangehörigen sowie NR Petra Bayr und Bezirksvorsteherin Hermine Mospointner teil

Frauen sichtbar machen Margarethe Hilferding zum Gedenken

Bei strahlendem Sonnenschein und zu den Klängen des Wiener Jüdischen Chors unter der Leitung von Roman Grinberg wurde am 20. Juni 2006 die Favoritner Wohnhausanlage in der Leebgasse 100 nach der ehemaligen Favoritner Bezirksrätin und Ärztin Margarethe Hilferding benannt. Gekommen waren neben der Bezirksvorsteherin Hermine Mospointner, die die Begrüßung vornahm, und der Initiatorin des Projekts, der Abgeordneten zum Nationalrat und Vorsitzenden der Favoritner SPÖ-Frauen, Petra Bayr, auch die frühere Wiener Gesundheitsstadträtin Elisabeth Pittermann, Jenny Strasser, ehemaliges Mitglied des Frauenzentalkomitees der SPÖ, die Historikerin Dr. Eveline List, die aus dem Leben der engagierten Sozialdemokratin berichtete, sowie der Sohn Margarethe Hilferdings, Peter Milford Hilferding.

„Frauengeschichte ist die Geschichte der Mehrheit der Menschen“, zitierte Petra Bayr die Historikerin Gerda Lerner zu Beginn ihrer Rede und verwies darauf, dass unser Geschichtsbild in erster Linie die Leistungen der Männer würdige. Als „kleine Antithese zu diesem Geschichtsverständnis und als Beitrag dazu, Frauen sichtbar zu machen“ solle die Benennung des Margarethe-Hilferding-Hofes verstanden werden, so Bayr, denn um Frauen – vor allem öffentlichen – Raum zu geben, brauche es Ermutigung und Unterstützung, „es verlangt nach Taten und Symbolen“. Es sei ihr ein wichtiges Anliegen, so die Wiener Nationalrätin, „jene Frauen sichtbar zu machen, die nach 1945 nicht mehr nach Österreich zurückgekehrt sind“. Der Verlust sei emotionell und intellektuell bis heute spürbar, „das lange Schweigen über die Ermordung vieler Frauen in Konzentra-

tionslagern ist beschämend“, so Bayr, die abschließend feststellte: „In den letzten 60 Jahren ist für Frauen viel erreicht worden. Ich denke, es wäre noch wesentlich mehr gewesen, wenn es nicht den Geschichtsbruch durch die Austrofaschisten und die Gräueltaten des nationalsozialistischen Regimes gegeben hätte.“ Die am 20. Juni 1871 geborene Margarethe Hilferding entstammte einer großbürgerlich-jüdischen Familie, studierte Medizin und erwarb im Jahr 1903 als erste weibliche Studentin der Medizin das Doktorat an der Wiener Universität. Sie praktizierte als Frauenärztin, Geburtshelferin und Schulärztin in Favoriten, wo sie bis zum Februar 1934 auch als Bezirksrätin wirkte. Margarethe Hilferding, die 1938 die Gelegenheit zur Flucht nach Frankreich nicht wahrgenommen hatte, wurde 1942 im Vernichtungslager Treblinka ermordet.

Holocaust-Museum in Budapest

Hochrangige ungarische Persönlichkeiten versuchten bereits im Oktober 1942 gemeinsam mit Adolf Eichmann, ein „Umsiedlungsprogramm“ für 100.000 Juden aus dem ungarischen Nordosten zu erstellen. Für Eichmann kam dieser Vorschlag zu früh, da er die „Umsiedlung“ aller ungarischer Juden nach deutschem Modell anstrebte, ihm aber auch klar war, dass die damalige ungarische Regierung solchen Plänen ablehnend gegenüberstehen würde. So überlebte der größte Teil der ungarischen jüdischen Bevölkerung, trotz umfangreicher diskriminierender Maßnahmen, denen annähernd 64.000 Juden zum Opfer fielen, die Kriegsjahre bis zur deutschen Besetzung Ungarns am 19. März 1944. Obwohl bereits erkennbar war, dass der Krieg verloren war – die Vorbereitungen der westlichen Alliierten für den D-Day waren zu diesem Zeitpunkt kurz vor dem Abschluss und die Rote Armee stand knapp vor der rumänischen Grenze –, führte die SS ihren lange geplanten Vernichtungsfeldzug gegen die ungarische jüdische Bevölkerung durch, da sie nunmehr auch mit der Unterstützung der neuen ungarischen Pfeilkreuzler-Regierung rechnen konnte. Durch Horthy an der Spitze der Regierung wurde der Schein der nationalen Souveränität gewahrt, jedoch die Exekutive und die Beamenschaft unterstützte die SS bei der Umsetzung der so genannten Umsiedlung. Die SS verfügte bereits über reichliche Erfahrung bei der Umsetzung der Judenverfolgung, sodass Kennzeichnung, Isolierung und Deportation binnen kürzester Zeit durchgeführt waren. 440.000 ungarische Juden sollten diesem Vernichtungsfeldzug zum Opfer fallen. Insgesamt waren es etwa 600.000, die im Zweiten Weltkrieg ermordet wurden, wobei mehr als 60.000

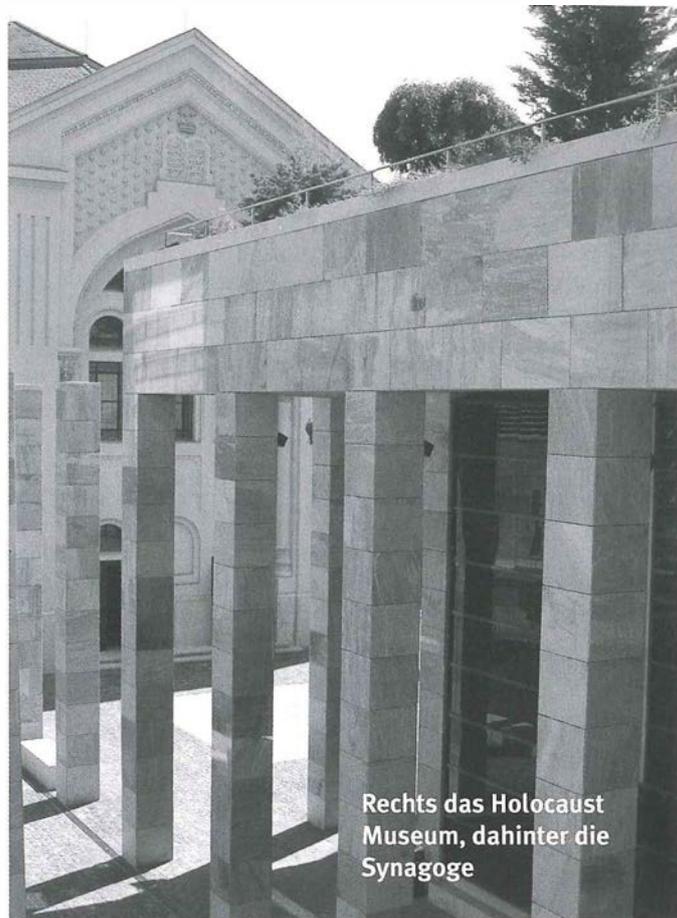


Foto: HDKE

von ihnen als Zwangsarbeiter ihr Leben lassen mussten. Beim Eintreffen Raoul Wallenbergs in Budapest am 9. Juli 1944 und dem Beginn seiner Rettungsmission war das Deportationsprogramm, bis auf Budapest, in ganz Ungarn abgeschlossen.

Lange Zeit wurde der Holocaust in Ungarn nicht thematisiert. 1987 wurde ein Denkmal für Raoul Wallenberg der Öffentlichkeit übergeben. 1990 wurde von Bürgern die „Ungarische Auschwitz-Stiftung“ gegründet, der das Holocaust-Dokumentationszentrum unterstand. Diese Stiftung wurde im Juli 2002 in eine öffentliche Stiftung übergeführt, die nunmehr den Namen „Holocaust-Dokumentationszentrum und Erinnerungssammlung“ trägt. Seit 2004 ist die Stiftung im Holocaust-Museum untergebracht.

Vor der Eröffnung des Museums wurde von der ungarischen Polizei ein Anschlagplan aufgedeckt, über den anfangs berichtet wurde, dass er sich gegen den bei der Eröffnung als Ehrengast anwesenden israelischen Präsidenten Mosche Katzav gerichtet hätte. Später stellte sich heraus, dass das Holocaust-Museum Ziel des Anschlags sein sollte.

Weltweit existieren fünf Holocaust-Museen. Das Museum in Budapest ist das erste Osteuropas. Das in einer kleinen Budapester Seitenstraße, der Páva utca, angesiedelte Museum gliedert sich in drei Teile: in die unterirdischen Ausstellungsräume, die renovierte Synagoge und eine schwarze Gedenkwand im Innenhof, auf der die Namen der 600.000 ermordeten Juden genannt werden sollen. Imre Kertész, der zur

Eröffnung des Museums eingeladen war, hat seine Teilnahme mit der Begründung abgelehnt, dass er, wie viele Ungarn, der Meinung ist, dass die Unterbringung des Museums außerhalb des Stadtzentrums unpassend sei. Eine Holocaust-Gedenkstätte, so meint er – und viele Ungarn im In- und Ausland mit ihm –, gehöre in die Mitte der ungarischen Gesellschaft.

Trotz dieser Kritik ist es empfehlenswert, diese Gedenkstätte zu besuchen und sich mit der tragischen Geschichte der ungarischen Juden auseinanderzusetzen. Derzeit wird im Holocaust-Museum Budapest eine Ausstellung gezeigt, die sich mit ungarischen Juden in deutschen Arbeitslagern (auf nunmehr wieder österreichischem Boden) befasst. Ein Teil dieser Ausstellung behandelt die Ermordung von Kindern, Frauen und Männern – in Österreich internierter Zwangsarbeiter –, die in Hofamt Priel ermordet wurden. Ursprünglich war deren Deportation in das Konzentrationslager Mauthausen geplant. Als klar war, dass die Gruppe von mehr als zweihundert Personen das Konzentrationslager nicht mehr erreichen würde, hatte man ihre Ermordung für 2. Mai 1945 angesetzt. Sie wurden in einem Tal in Hofamt Priel mit Maschinengewehren erschossen. Die Überlebenden wurden mit Benzin übergossen und angezündet. Am 3. Mai wurde Hofamt Priel befreit. Vorerst wurden die 223 Opfer dieses Massakers in einem Massengrab beerdigt. Am 26. April 1964 erfolgte die feierliche Umbettung auf den Friedhof St. Pölten. Günther Sidl, Mitglied des Bundesvorstandes der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, gedachte 2004 beim Mahnmahl in Hofamt Priel, gemeinsam mit Genossinnen und Genossen der SPÖ NÖ, dieser unglücklichen Opfer des Holocaust. ■

Edith Krisch

Das Kreuz mit dem Mond

Zwar hat Wiens Bürgermeister Michael Häupl einmal angemerkt, dass Wahlkampfzeiten nicht gerade die geistvollsten sind. Aber der Fall, dass ein Parteiohmann im Clinch mit dem politischen Gegner für den Versuch, seine fremdenfeindlichen Thesen zu untermauern, das Hirn offenbar in der Garderobe abgegeben hat, verdient eine Eintragung im Buch der Rekorde. Peter Westenthaler hat es geschafft. Zu glauben, dass ein solider Vertreter der muslimischen Gemeinschaft keine wichtigere Forderung hat als die Ersetzung der Gipfelkreuze durch Halbmonde, hat die Grenzen des für den gesunden Hausverstand Zulässigen längst überschritten. Haben sich in Westenthalers Kopf die Ängste, die er den Leuten einzureden bemüht ist, so eingepägt, dass vor seinem „geistigen“ (?) Auge Scharen von Muslimen unsere Felswände erklimmen und, oben angelangt, sich des Gipfelsiegs im Anblick des Kreuzes nicht erfreuen können? Also flugs dem Alpenverein schreiben und den Austausch des Symbols der „Ungläubigen“ verlangen ... Wenn einer schon so etwas für möglich hält, ist das traurig genug. Aber wenn er sich bei Schreiber und Empfänger dieser Geschreibsel nicht wenigstens über deren Autorenschaft erkundigt, ehe er mit dem Brustton der Überzeugung an die Öffentlichkeit tritt, ist das fahrlässig, und man darf annehmen, dass er gar nicht wissen wollte, wie echt die Briefe waren, sondern nur die Gelegenheit nützte, eine Hetzparole unters Volk zu werfen. Er kann sich jetzt aussuchen, ob er Ignorant oder Hetzer ist – aber das passt ohnedies auch gut zusammen.

„Stolpersteine“ für NS-Opfer

Eine ganz besondere Art der Erinnerung wurde den 14 Mödlinger NS-Opfern durch die „Aktion Stolpersteine“ zugeordnet. Aufgrund eines einhelligen Gemeinderatsbeschlusses wurden nach deutschem Vorbild in der Mödlinger Innenstadt vor den Wohnhäusern, in denen die 14 jüdischen Familien lebten, in den Straßenbelag Messingplatten mit den Namen der Opfer

ingelegt, unter ihnen der elfjährigen Hedwig Blum, die 1942 im KZ Maly Trostinec ermordet wurde. Die Aktion stellt den Versuch dar, den Opfern im sichtbaren Gedenken symbolisch ihren persönlichen Platz in der Stadt zurückzugeben. Engagierte Mödlinger, zusammen mit den Schülern des BRG, haben zugleich die Lebens- und Leidensgeschichte der Opfer aufgezeichnet. Abschluss der Akti-

on bildete ein Gedenkstein für die hingerichtete Ordensfrau Maria Restituta.

Auch für Braunau am Inn wurden von dem deutschen Bildhauer Gunter Demnig ähnliche „Stolpersteine“ – dort für österreichische Widerstandskämpfer – angefertigt.

In Wien gab es bereits eine ähnliche Aktion, „Straße der Erinnerung“, im Leopoldstädter Volkert-Viertel. ■

Materialien für Hindels-Archiv

Im Jänner 2006 wurde anlässlich des Hindels-Symposiums die Bibliografie der Schriften von Josef Hindels „Mit der Feder und dem Wort“ von Herbert Exenberger und Ernst Nedwed vorgestellt.

Die umfangreichen Rechercharbeiten rund um dieses Werk haben ergeben, dass viele der Bücher und Broschüren sowie Artikel in zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften nur mehr in einigen Bibliotheken zur Verfügung stehen. Für alle,

die an politischer Bildungsarbeit interessiert sind, wird jetzt ein Josef-Hindels-Archiv aufgebaut. Dabei wollen wir die einzelnen Exemplare, Bücher und Zeitschriftenauschnitte archivieren. Auch Artikel über Josef Hindels bzw. kontroverielle Beiträge in Printmedien sind uns willkommen.

Ebenso werden Fotos von Josef Hindels entsprechend archiviert. Wir wenden uns daher mit der Bitte an unsere Mitglieder und Leser, unserem Hin-

dels-Archiv Materialien, wie sie oben beschrieben sind, zur Verfügung zu stellen. (Die Artikel aus der „Zukunft“ und der „Arbeiter-Zeitung“ sind bereits vorhanden.)

Bitte, sendet solche Materialien mit dem sichtbaren Vermerk „HINDELS-ARCHIV“ an unsere Adresse:

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten, Löwelstraße 18, 1014 Wien. ■

DÖW nun mit erweiterter Website

Am 29. August präsentieren die Wissenschaftliche Leiterin des DÖW Univ.-Doz. Dr. Brigitte Bailer und Thomas Stern (Braintrust GmbH) im Museum und Veranstaltungszentrum des DÖW die Website zur 2005 eröffneten Dauerausstellung des DÖW. Die Website wurde von der Firma Braintrust erstellt und ist auf den sieben Computerterminals der Ausstellung zugänglich und ab sofort online unter <http://www.doew.at/ausstellung>.

Die neue Ausstellungswelt bietet eine Fülle an Informa-

tion in deutscher und englischer Sprache zu den einzelnen Themen der DÖW-Ausstellung von der Vorgeschichte des Nationalsozialismus über Widerstand und Verfolgung in der NS-Zeit bis zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit nach 1945. Texte, Bilder, Dokumente und vieles andere mehr stellt das System zur Verfügung. Diese Abfragemöglichkeit soll Interessierten weiterführende Recherchen ermöglichen. Fotos und Informationen aus der Erkennungsdienstlichen Kartei der Gestapo Wien sowie die Shoah-Datenbank mit

Informationen zum Schicksal von über 62.000 österreichischen Opfern des Holocaust sind wesentliche Bestandteile der Internetpräsentation. Neue Forschungsergebnisse werden laufend eingebaut.

Am 29. September wurde der „Willy und Helga Verkauf-Verlon Preis 2006“ an Eva Blimlinger verliehen. Sie arbeitete an dem von der Historikerkommission veröffentlichten Bericht „Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945“ mit. ■



„hunt“ – Theater gegen Vergessen

Im Vorjahr wurde das auf der Freilichtbühne Wolfsegg aufgeführte Schauspiel „hunt oder Der totale Februar“ von Franzobel mit dem zweifachen Nestroypreis – für das Stück und für den Autor – sowie mit dem OÖ Bühnenkunstpreis ausgezeichnet. Heuer im Sommer erlebte „hunt“ durch mehrere Tage eine bestbesuchte Wiederaufnahme.

Eine Delegation der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer aus Wien nahm auf Einladung von Zweiter Nationalratspräsidentin Barbara Prammer die Chance wahr und erlebte, vor einer waldumstandenen Industrieruine des längst eingestellten Kohlebergbaus als Kulisse, eine glanzvolle und in der zeitgeschichtlichen Aufarbeitung absolut stimmige Aufführung.

Franzobels Stück behandelt die Ereignisse im Hausrucker Kohlerevier des Februar 1934. Dort hatten sich ausgeprägte Klassenfronten gebildet: Die



Karl Markovics (rechts) war der Hauptdarsteller in dem aufwühlenden Stück

Angestellten waren in der Heimwehr, die Arbeiter im Republikanischen Schutzbund organisiert. Am 8. Februar erhielt der Schutzbundführer und Betriebsrat der Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerke, Ferdinand Fageth, von Richard Bernaschek die Weisung, den Schutzbund in Bereitschaft zu stellen; zugleich begannen Verhaftungen.

Die Schutzbündler versammelten sich am 12. Februar beim Arbeiterheim in Holzleithen. Auf die Nachricht vom Heranrücken

von Bundesheer, Gendarmerie und Heimwehr begannen Kämpfe, es gab erste Tote. Vor Holzleithen kam es zu einem Gefecht. Fageth sah, dass das Arbeiterheim nicht zu halten war, und zog sich mit einem Trupp zurück. Dann wurde das Arbeiterheim gestürmt, und die dort angetroffenen sechs Männer, unter ihnen unbewaffnete Arbeitersamariter, wurden auf Befehl des Bezirkshauptmanns Frühwirt an die Wand gestellt; vier wurden erschossen, zwei schwer verletzt.

Franzobel hat kein pathetisches Heldendrama geschrieben. Die Hauptfigur ist Ferdinand Fageth, ein ehemaliger k. u. k. Offizier, den er als zwiespältigen Charakter, inkonsequent in seinem Handeln, darstellt (Karl Markovics zeigte in dieser Rolle alle Facetten seiner Schauspielkunst). Die zynische Brutalität des das Kommando führenden Bezirkshauptmanns wirkt durch-

aus glaubwürdig. Die Inszenierung stellt aber auch mit bewundernswerter Lebensechtheit die teils handelnde, teils passive Masse auf die Bühne. Zum Großteil Laiendarsteller – Männer, Frauen, Kinder – aus der Umgebung, insgesamt mehr als hundert Mitwirkende brachten das „Volk“ auf die Bühne, wobei besonders die Rolle der bedrückten und leidenden Frauen zur Geltung kam. Zwei Chöre, die Bergknappenkapelle, eine Brassband und ein Violinensolo sorgten für eine mitunter aufwühlende musikalische Untermalung. Es ist das Verdienst aller diese Aufführung gestaltenden Kräfte, eine Episode aus den Kampftagen des Februar 1934 auf so großartige Weise in Erinnerung gerufen zu haben.

Diese künstlerische Aufarbeitung von Zeitgeschichte durch Franzobel zeigt, wie solche Thematik spannend und ohne lehrerhaften Zeigefinder durchaus auch aktuelle Bezüge herstellend anzupacken ist. ■

Manfred Scheuch

Das Buch zum Stück



Das neue Buch „Bürgerkrieg in Holzleithen“ hat die Gedenktafel für die erschossenen Arbeiter am Cover

Über die tragischen Tage des Februar 1934 im Hausruck-Kohlenrevier liegt nun verdienstvollerweise auch eine detaillierte Aufarbeitung in Buchform vor. Peter Pohn hat unter dem Titel „Bürgerkrieg in Holzleithen“ (edition innsalz, Aspach 2006) nicht nur eine Darstellung der unmittelbaren Kampfereignisse, sondern auch der Vorgeschichte und der sozialen und politischen Verhältnisse verfasst, die zu der für beide Seiten unvermeidlich scheinenden Explosion führten. Der Autor sieht das Losschlagen Bernascheks und den Widerstandsversuch des örtlichen Schutzbundführers Fageth zwar

kritisch, hält aber die Reaktion der Gegenseite für unangemessen barbarisch. „Mit der Einstellung aber, ‚diesem Gesindel werden wir es schon zeigen‘, nahm das Schicksal seinen Lauf, sank die Mitmenschlichkeit auf den absoluten Nullpunkt, wurden Menschen ‚wie du und ich‘ zu Untermenschen degradiert, ohne ein Wort der Verteidigung sagen zu dürfen an die Wand gestellt und zu Tode gebracht.“ Pohn versteht sein Buch in erster Linie als Quellensammlung. Insbesondere hat er noch eine ganze Reihe von Zeitzeugen gefunden, bei denen sich die schrecklichen Ereignisse von damals eingepägt haben. ■

70 Jahre nach Francos P

Veranstaltungen der Sozialdemokratischen F



V.l.n.r.: Bernhard Wieland, Andreas Kollross, Alexander Strobl, Prof. Hans Landauer, Otto Pendl, Franz Gartner

An die tausendvierhundert Österreicherinnen und Österreicher, zum größten Teil Februarkämpfer und junge Sozialisten aus den illegalen antifaschistischen Parteien, kamen aus der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur nach dem Juli 1936 nach Spanien, um in den Internationalen Brigaden und auch in anderen Einheiten, in einem Akt der Solidarität mit den spanischen Demokraten, die Republik gegen den faschistischen Ansturm Francos zu verteidigen. Es gibt heute nur mehr wenige Überlebende aus dem Kreis der damaligen Spanienkämpfer. Einer, der aus der Sozialdemokratie gekommen war, ist Hans Landauer – er ist der Sohn des sozialdemokratischen Bürgermeisters von Oberwaltersdorf – und heute einer der letzten aktiven Zeitzeugen, der sich vor allem um die Dokumentation der österreichischen Spanienkämpfer mit seinem Lexikon verdient gemacht

hat. Er war bei fast allen diesjährigen Veranstaltungen der Freiheitskämpfer dabei. Er hat auch eine Reihe von Interviews in den Medien gegeben und Beiträge über den Spanischen Bürgerkrieg geschrieben.

Die Organisationen der Freiheitskämpfer, der Bildung und der Jugendorganisationen haben es als eine Ehrenpflicht angesehen, über die Ereignisse von damals aus sozialdemokratischer Sicht zu berichten. Darüber hinaus haben der Landesverband Wien und die Wiener SPÖ Bildung einen Gedichtband von dem leider vor einigen Jahren verstorbenen Dr. Josef Schneeweiss herausgebracht, in dem Hans Landauer seinem Freund und Mitkämpfer einen berührenden Artikel gewidmet hat.

In Wien fand im SPÖ Bildungszentrum Praterstraße eine außerordentlich gut besuchte Veranstaltung statt, bei der unter dem Vorsitz von Gemeinderat Michael Ludwig der Internatio-

nale Sekretär, Bundesrat Albrecht K. Konecny, einen historischen Überblick über den Spanischen Bürgerkrieg und den Einsatz der Österreicher unter dem Titel „Vom Karl-Marx-Hof zum Ebro“ gab.

Die Veranstaltung wurde mit einem Dokumentarfilm unter dem Titel „Der Spanische Bürgerkrieg – Der Weg in den Zweiten Weltkrieg“ eingeleitet. Anschließend präsentierte der Landesvorsitzende Ernst Nedwed den Gedichtband „no pasaran“ mit antifaschistischen Gedichten des Spanienkämpfers Josef Schneeweiss und überreichte das erste Exemplar der bei der Veranstaltung anwesenden Witwe von Pepi Schneeweiss, Herma, die in diesem großen Forum auch ihren 90. Geburtstag feierte. Herma Schneeweiss dankte für die großartige Veranstaltung und für die Ehrung von Josef Schneeweiss und wünschte, dass diese Broschüre den jungen Leuten eine geistige Verbindung

zum solidarischen Kampf der österreichischen Spanienkämpfer herstellt. Schon vorher fanden zwei Veranstaltungen in Wiener Bezirksgruppen statt, und zwar in Hernals und in Hietzing.

In Hernals berichtete Hans Landauer über die dramatischen Ereignisse in Spanien und über die Rolle, die die Internationalen Brigaden in dieser großen Auseinandersetzung zwischen Faschisten und Antifaschisten gespielt haben. Er verwies vor allem auf die Unterstützung der Franquisten durch das Naziregime und durch den italienischen Faschismus, die beide insbesondere moderne technische Waffen einsetzten, vor allem Panzer und Flugzeuge. Auf Seiten der Republikaner gab es dank der Nichteinmischungspolitik der Westmächte nur die Unterstützung durch die Sowjetunion und durch Freiwillige, was viele Probleme auslöste.

Zum Abschluss dieser Veranstaltung wurde der Film „Sterben für Madrid“, eine französische Dokumentation, gezeigt. An der Veranstaltung nahmen zahlreiche Hernalser und Gäste aus anderen Bezirken teil.

Eine weitere Gedenkveranstaltung fand in Hietzing statt, wo zirka sechzig Genossinnen und Genossen zusammengekommen waren. Die ehemaligen Spanienkämpfer Josef Eisenbauer und Hans Landauer berichteten über ihre Motive, sich an dem Kampf der spanischen Republik gegen die Franco-Faschisten als Freiwillige den Interbriga-



tsch gegen die Republik

heitskämpfer über den Spanischen Bürgerkrieg



Oben: Ehrung für die Witwe von Josef Schneeweiss. Unten: Hans Landauer mit J. Eisenbauer, E. Kuntschik und F. Hackl bei der Spanien-Veranstaltung in Wien-Hietzing, ganz rechts der junge Landauer als Interbrigadist

den anzuschließen. Sie erzählten über ihre Teilnahme an den Kämpfen gegen einen überlegenen Feind, über ihre Verwundungen, über ihre Jahre in französischen Lagern und im KZ Dachau.

Ferdinand Hackl analysierte den Umgang der spanischen Gesellschaft mit dem Bürgerkrieg nach dem Ende der Franco-Diktatur 1975 bis heute. Es gibt noch immer Verdrängung und Tabuisierung und nur zäh und langsam wird die blutige Geschichte dieses Krieges aufgearbeitet.

Erst heute beginnt man in Spanien die Massengräber, in denen die Opfer des Krieges und der Diktatur verscharft wurden, zu suchen und die Toten zu identifizieren.

Albert Dlabaja und Ali Kohlbacher schlossen den Abend mit Liedern der Spanienkämpfer ab.

Im Zuge einer gemeinsamen Veranstaltung der Freiheitskämpfer des Bezirks Baden und der Sozialistischen Jugend Baden konnten Abgeordneter zum Nationalrat Bgm. Otto Pendl und



der Bezirksvorsitzende der Sozialistischen Jugend, Alexander Strobl, eine Vielzahl an interessierten Besuchern begrüßen.

Besonders erfreut waren sie natürlich über den Ehrengast Prof. Hans Landauer aus Oberwaltersdorf, der als Sechzehnjähriger mit den Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg gegen den „Franco-Faschismus“ kämpfte. Er berichtete so wie in den anderen Veranstaltungen über die Ereignisse in Spanien und vor allem auch über sein persönliches Schicksal und über seinen Weg, über die Schweiz und Frankreich, nach Spanien. Dem heute Fünfundachtzigjährigen gelingt es

immer wieder, die Jugend von heute mit seinen Schilderungen zu beeindrucken.

In Wien fand Anfang Juli eine Kranzniederlegung beim Mahnmahl für die Spanienkämpfer auf dem Zentralfriedhof statt, bei der Alfred Ströer die Gedenkrede hielt. Neben den Mitgliedern des Wiener Vorstands der Freiheitskämpfer nahmen für die SPÖ der Wiener Landtagspräsident Johann Hatzl und die Nationalratsabgeordnete Petra Bayr teil.

Weitere kleinere Veranstaltungen und Kranzniederlegungen fanden in mehreren Bundesländern statt. ■

Ernst Nedwed

Spanienkämpfer aus Liesing



Foto: SPÖ Liesing

19 von diesen Interbrigadisten kamen aus Liesing

Im Bezirksmuseum Liesing wird am Freitag, dem 20. Oktober 2006, um 19 Uhr die Broschüre „Spanienkämpfer aus Liesing 1936–1939“ von Dr. Gerald Netzl präsentiert. Am 18. Juli 1936 erhoben sich in Spanien reaktionäre Generäle und Teile der Armee gegen die legitime, demokratisch gewählte Regierung.

Das war der Beginn eines dreijährigen Bürgerkriegs. Wäh-

rend Franco Unterstützung von Hitler-Deutschland und Mussolini-Italien erhielt, kämpften auf Seiten der Republik in den Internationalen Brigaden Freiwillige aus aller Welt. Unter ihnen waren 19 Männer aus Liesing, die nach Spanien gingen, um dort für Freiheit und Demokratie, gegen Faschismus und Krieg zu kämpfen. Auf 20 reich illustrierten Seiten werden die Biografien dieser Männer vorgestellt sowie

die Ereignisse in Spanien geschildert. Die Broschüre beginnt mit einer historischen Einführung, es folgen biografische Angaben zu den Spanienkämpfern aus Liesing. Eines der bedeutendsten Kunstwerke im Zusammenhang mit dem Spanischen Bürgerkrieg ist das Gemälde „Guernica“ von Pablo Picasso.

Das Gespräch mit dem Zeitzeugen Hans Landauer erweitert die Gesamtdarstellung um dessen persönliche Erinnerungen. Die Lieder der Internationalen Brigaden hatten große moralische Bedeutung und werden heute noch gerne gesungen. Deshalb zeigt die Broschüre zwei der bekanntesten Lieder, die dem Original-Liederbuch der Internationalen Brigaden, herausgegeben 1938 in Barcelona von Ernst Busch, entnommen wurden. Ein authentisches Dokument stellt das „Album

Gurs“ dar. Im Juli 1939 schrieben, zeichneten und bastelten die Männer aus Baracke 17 des französischen Internierungslagers ein Erinnerungsalbum, das als Dankeschön an Privatpersonen nach England gehen sollte (vermutlich emigrierte Österreicherinnen), die sich um ihr Schicksal gekümmert hatten. Auf 29 faksimilierten Seiten ist es dokumentiert, Fritz Pluchar und Hans Sauer haben jeweils eine Seite beigeuert.

Die Bibliografie auf den letzten Seiten soll zum Weiterlesen anregen, damit die Ereignisse in Spanien und die internationale Solidarität „NIEMALS VERGESSEN!“ werden. Herausgeber der Broschüre ist die Bezirksgruppe Liesing des Bunds Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. ■

Gerald Netzl

Ein Standardwerk zum Bürgerkrieg



Antony Beevor, *Der Spanische Bürgerkrieg*. Verlag C. Bertelsmann, München 2006. 653 Seiten

Zum 70. Jahrestag des Franco-Putsches im Juli 1936 ist ein umfangreiches Werk über den Spanischen Bürgerkrieg erschienen. Sein Verfasser, ein ehemaliger britischer Offizier, ist durch Sachbücher wie „Stalingrad“ und „Berlin 1945 – Das Ende“ bekannt geworden.

Beevor befasst sich in seinem neuen Werk nicht nur mit den unmittelbaren Ereignissen des Bürgerkriegs, sondern auch mit der zeitgeschichtlichen Entwicklung, die zu diesem führte. Die große Diskrepanz zwischen Arm und Reich in einem konservativen Land mit einer aufstrebenden Arbeiterklasse und einer relativ jungen Demokratie war der Boden, auf dem die Verschwörung gegen die junge Republik gedieh. Er schildert anschaulich und gut nachvollziehbar die komplexen

politischen Zusammenhänge und erklärt damit auch die Eskalation in diesem brutalen und grausamen, von den Militärs ausgelösten Bürgerkrieg. Für die Verteidigung der Republik spielte die katastrophale Zurückhaltung der Westmächte mit ihrer Nichteinmischungspolitik eine folgenschwere Rolle, weil dadurch die faschistischen Mächte Deutschland und Italien zu einem Probelauf für den Zweiten Weltkrieg ermuntert wurden. Es wäre Franco trotz seiner militärischen Übermacht nicht gelungen, den Volkswiderstand zu brechen, wenn er nicht die deutschen Bomberflugzeuge und die italienischen Panzer und Truppen auf seiner Seite gehabt hätte. Das Eingreifen der Sowjetunion auf Seiten der Republik war militärisch zu begrüßen, politisch aber brachte es viele Pro-

bleme in die fraktionszerklüftete Verteidigungsfront. Im Buch findet man viele Details, die durch neuere Forschungen belegt sind; so erreichte, abgesehen von den im Kampfe Gefallenen, die Zahl der durch die „Nationalen“ Hingerichteten und Ermordeten nahezu das Zehnfache von jenen der anderen Seite. ■

Ernst Nedwed

„no pasaran“

Der neu erschienene Band mit antifaschistischen Gedichten von Josef Schneeweiss mit dem Titel „no pasaran“ ist in der SPÖ-Buchhandlung, 1014 Wien, Löwelstraße 18, zum Preis von 7 Euro erhältlich.

Ehrung für jüdische Soldaten der k. u. k. Armee des Ersten Weltkrieges

Beim Ehrenmal auf dem Zentralfriedhof gedachte im heurigen Juni eine israelische Militärdelegation gemeinsam mit den Gardesoldaten des österreichischen Bundesheers der im Ersten Weltkrieg gefallenen jüdischen Soldaten sowie all jener, die in der Shoah ermordet wurden.

Zu diesem, in den bilateralen Beziehungen zwischen Israel und der Republik Österreich in dieser Form wohl historischen, Treffen war es anlässlich des Besuches einer großen Militärdelegation im Rahmen des Programms „Witnesses in Uniform“ gekommen. Eine Gedenkfeier im Steinbruch des Konzentrationslagers Mauthausen, Stadtbesichtigungen und Kontakte mit der jüdischen Gemeinde bildeten das übrige Programm der beiden Besuchstage Ende Juni.

Montag, den 26. Juni, landeten die Israelis auf dem Linzer Flughafen, von wo sie in Bussen nach Mauthausen gebracht wurden. Die Delegation bestand aus zahlreichen aktiven Armeeangehörigen, aber auch Reservisten. Wie immer dabei ein Rabbiner mitsamt Thora-Rolle und Schofar (rituelles Widderhorn), ein Arzt, ein Fotograf, ein Trompeter und einige junge Musiker, allesamt Armeeangehörige, sowie ein Repräsentant von Yad Vashem.

Ein wahrhaft ungewohntes Bild bot sich den erstaunten Besuchern des einstigen Konzentrationslagers, in der Hauptsache Schulklassen, als die Israelis das Gelände betreten. Das Graublau der Luftwaffe, Oliv von Infanterie und Panzertruppe, khakifarbene und Marineuniformen, bunte Barette und klobige Stiefel mischen sich zu einer militärischen Melange



Israelische Gäste bei der Kranzniederlegung für jüdische k. u. k. Soldaten am Denkmal auf dem Zentralfriedhof

und wirken doch einheitlich eindrucksvoll.

Die anfangs noch gelöste Stimmung angesichts der lieblich grünen Hügellandschaft weicht bedrücktem Schweigen, als die Besucher durch die Baracken des Lagers, vorbei an Mahnmalen, granitenen Steinquadern, Stacheldraht und zu den Stätten des organisierten Mordens geführt werden. Viele sind sichtlich froh, sich auf die Bedienung ihrer Kameras konzentrieren und so ihre Emotionen besser verbergen zu können ...

Ansprachen des Botschafters des Staates Israel, Dan Ashbel, des Generalsekretärs der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Mag. Fastenbauer, des Militärkommandanten von Oberösterreich und anderen wechseln ab mit Rezitationen, Lesungen und Musikstücken. Sara Tessler, Überlebende der Shoah, entzündet das „ewige Licht“ in einem Stahlhelm. Das Kadisch-Gebet erklingt, der traditionelle Schofar wird geblasen

und schließlich werden am Gedenkstein etliche Kränze niedergelegt. Dem Repräsentanten Israels, jenen der jüdischen Gemeinden Österreichs, der Vertreterin der Jewish Agency in Wien und den hohen Offizieren von ZAHAL sowie des Bundesheers assistieren dabei israelische und österreichische Soldaten. Das Ende der Gedenkfeier bildet die Hatikwa, Israels Hymne.

Der zweite Besuchstag begann mit einer Visite in der Zwi Perez Chajes Schule der Kultusgemeinde in Wien. Danach teilte sich die Delegation und ein Kontingent begab sich zum nahe gelegenen Lauder Chabad Campus. Die Soldatinnen und Soldaten waren überrascht, mit vielen Kindern mühelos Hebräisch plaudern zu können.

Dann folgte der Besuch des Grabmals jüdischer Soldaten der k. u. k. Armee sowie des Bundesheers der Ersten Republik auf dem Wiener Zentralfriedhof.

Die Gedenkfeier läuft nach militärisch schlichtem Zere-

moniell ab. Die Hymnen ertönen. Der Botschafter Israels ist da, der Militärattaché, hohe Bundesheeroffiziere, darunter Wiens neuer Militärkommandant, Brigadier Reiszner, sowie sein Vorgänger, Generalmajor i. R. Semlitsch, der die Tradition dieser alljährlich abgehaltenen Gedenkfeier begründet hat. Und natürlich auch die Repräsentanten der Kultusgemeinde sowie der Stadt Wien und der Polizei.

Die Gardemusik stimmt „Eli, Eli“, das Liedgebet der von den Nazis umgebrachten jüdischen Partisanin Chana Szenes, an. Im Inneren des Ehrenmals werden Kränze niedergelegt und zum Abschluss ertönt das traditionelle „Ich hatt' einen Kameraden“. Jenes alte, ergreifende Soldatenlied, das, von den Nationalsozialisten usurpiert, von Ewiggestrigen auch heute noch missbraucht wird.

Die Fahrt geht weiter, in die Seitenstettengasse, wo der Hausherr, Oberrabbiner Eisenberg, in der Synagoge seine Gäste in Empfang nimmt.

Ehe es zum abschließenden Empfang mit Vertretern der Kultusgemeinde ins benachbarte Gemeindezentrum geht, dürfen sich die Israelis für kurze Zeit wie daheim fühlen: Die Synagoge muss blitzartig evakuiert werden, denn das allgegenwärtige Sicherheitspersonal hat eine zunächst herrenlose Tasche gefunden. Die Gäste lassen alles mit stoischer Gelassenheit über sich ergehen, sie sind's gewöhnt ... Nach erfolgter Entwarnung dürfen sie sich am Buffet laben. Danach heißt es eilig Abschied nehmen, denn Flugzeuge warten nicht. Auch nicht auf müde Krieger ...

Ernst Meir Stern



Foto: SPÖ Parlamentklub

Trauer um Herbert Haas

Nach langer, schwerer Krankheit verstarb Nationalrat a.D. Herbert Haas am 15. August. „Wir haben mit dem Tod unseres Freundes einen schmerzlichen Verlust erlitten. Herbert Haas war viele Jahre ein engagierter Vertreter des Waldviertels im Nationalrat, ein aufrechter Sozialdemokrat und verlässlicher Freund“, würdigte Nationalrat Rudolf Parnigoni die zahlreichen Verdienste des Verstorbenen.

Herbert Haas war insgesamt 13 Jahre im Nationalrat, 5 Jahre lang Bürgermeister von Schrems und 17 Jahre lang Bezirksvorsitzender der SPÖ im Bezirk Gmünd.

Gedenkmarsch

Der zentrale Wiener Gedenkmarsch zur Erinnerung an die Widerstandskämpfer und Opfer der Jahre 1934 bis 1945 findet wie jedes Jahr am 1. November statt.

Treffpunkt ist zwischen 8.30 Uhr und 9 Uhr vor dem 2. Tor des Wiener Zentralfriedhofs.

Bücher, die uns angehen

Lappin/Uslu-Pauer/Wiener, Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter(innen) in Niederösterreich 1944/45. NÖ Institut für Landeskunde, St. Pölten 2006. 248 Seiten.

Obwohl Massengräber ermordeter ungarischer Juden Zeugnis vom Leid der Verschleppten – Männer, Frauen und Kinder – geben, etwa von den Opfern des Massakers in Hofamt Priel auf dem jüdischen Friedhof in St. Pölten, in Strasshof oder Göstling (um nur ein paar zu nennen), kam erst verhältnismäßig spät die wissenschaftliche Aufarbeitung dieser Schicksale. Eleonore Lappin gibt in dem vorliegenden Band eine detailreiche, aus vielen Quellen gespeiste Information über Verschleppung, Zwangsarbeit und oft auch Ermordung dieser geschundenen Menschen in Niederösterreich. Durch die skrupellose Ausbeutung ihrer Arbeitskraft machte vor allem das „Außenkommando Wien der Sicherheitspolizei und des SD in Ungarn“ (SEK) fette Gewinne. Berichte, wie die des Arztes Dr. Arthur Lanc in Gmünd, der an den in einem ungeheizten Getreidespeicher untergebrachten Zwangsarbeitern schwerste Erfrierungen feststellte, und auch über mutige Retter von Menschenleben, wie den Pfarrprovisor Peter Lorenz aus Rohr im Gebirge, bezeugen Taten und Untaten dieser „Zeit ohne Gnade“. Manfred Wieneringer machte sich auf Spurensuche über das „vergessene“ Lager St. Pölten-Viehofen bei Zeitzeugen, im Archiv der städtischen Bestattung und der Meldekartei. Susanne Uslu-Pauer vom DÖW steuerte einen Beitrag über strafrechtliche Verfolgung von während der „Todesmärsche“ an ungarischen Juden begangenen Verbrechen in Niederösterreich bei. Insgesamt wurden 125 Täter verurteilt.

Gertrude Schneider, Reise in den Tod. Deutsche Juden in Riga 1941–1944. Edition Hentrich, Berlin 2006. 192 Seiten.

Am 6. Februar 1942 musste Gertrude Schneider mit ihren Eltern und ihrer Schwester vom Wiener Aspangbahnhof vier Tage im Deportationszug ausharren, bis sie in das Ghetto Riga getrieben wurden. Die damals 14-Jährige begann in ihrem heimlichen Tagebuch die dort und in den Konzentrationslagern Kaiserwald und Stutthof erlebten und erlittenen Vorkommnisse festzuhalten. Es ist eine außergewöhnliche Leistung, dass sie – heute Professorin der City University of New York – die Kraft aufbrachte, ihre Erinnerungen an die Zwangsgemeinschaft in Riga und den Terror der SS-Verbrecher und ihrer lettischen Helfer aufzuarbeiten. Besonders berührt – neben der Schilderung des Schicksals ihrer Familie – das Kapitel über die Bemühungen der Ghettobewohner, unter den täglichen Bedrohungen kulturelle und gemeinschaftsfördernde Zeichen zu setzen, um sich selbst ein menschliches Antlitz zu bewahren und den Leidensgefährten wenigstens moralisch den Rücken zu stärken. Übrigens wurde Gertrude Schneider 2005 mit dem „Österreichischen Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst“ ausgezeichnet.

Herbert Exenberger

Margit Reiter, Die Generation danach. Der Nationalsozialismus im Familiengedächtnis. Studienverlag Innsbruck/Wien/Bozen 2006. 331 Seiten.

Die Zeithistorikerin Margit Reiter untersuchte, wie in österreichischen Nachkriegsfamilien der Nationalsozialismus erinnert und weitergegeben wurde. Die zahlreichen Interviews, die sie

dabei machte, erfassten sowohl Kinder prominenter NS-Täter als auch aus Familien mit NS- und deutschnationalen Traditionen. Dabei zeigte sich, dass diese einestheils weitergegeben wurden, andererseits vieles verschwiegen wurde und tabu war. Trotzdem wurde die zweite Generation sowohl durch Akzeptanz, gelegentlich auch durch Ablehnung dadurch geprägt. Nicht selten spielten dabei auch rechte Organisationen wie Turnerbund, Jugendlager, Burschenschaften eine Rolle. Als ein bezeichnendes Merkmal der Gesinnung, die von den „Ehemaligen“ weitergetragen wurde, hat die Autorin herausgearbeitet, dass von diesen die staatsoffizielle Selbstdarstellung von der ausschließlichen „Opferrolle“ Österreichs (die erst in den 1980er Jahren relativiert wurde), nie akzeptiert, sondern in ihr Gegenteil verkehrt wurde: In ihren Darstellungen gab es nicht Unfreiwilligkeit und Zwang, sondern Begeisterung und Freiwilligkeit; hingegen wurden die familiären Nachkriegserfahrungen als „Opfer“ geschildert. „Letztendlich“, zieht die Autorin sarkastisch den Schluss, „konnten sich so nahezu alle Österreicher als ‚Opfer‘ empfinden.“ Die Bedeutung für Gegenwart und Zukunft, die Margit Reiter aus ihren Untersuchungen zieht: Viele dieser zweiten Generation „gehören zu den derzeitigen Entscheidungs- und Machträgern in Politik, Journalismus und Kultur, an den Universitäten und Schulen und sind als solche in vielfacher Weise im ‚Kampf der Erinnerung‘ beteiligt. Oder anders formuliert: Die nachfolgenden Generationen sind nicht nur Produkte eines ihnen vorgegebenen kollektiven Gedächtnisses, sondern längst auch ProduzentInnen desselben.“

Manfred Scheuch



Brecht-Gedenken ist Denken!

Vor 50 Jahren, am 14. August 1956, starb Bertolt Brecht, der wohl bedeutendste deutschsprachige Dramatiker des 20. Jahrhunderts. Oft hörten wir damals Jungen, von Rosa Jochmann und Josef Hindels, dass der „Schoß noch fruchtbar ist, aus dem das kroch“ – eben der Nazismus. Dieser Satz regte viele von uns an, mehr von und über B. B. zu lesen.

Wer Brecht liest, über ihn schreibt oder spricht, sollte aber an den „ganzen“ Brecht denken. Das ist die Einheit des Dichters, Politikers, Philosophen, Theatermakers, Lyriker, Dramatikers, DDR-Bürgers, Österreicher, Weltbürgers, Regisseurs, Sprachschöpfers, Lobenden, Fluchenden, Eingreifenden, Zögernden, Zweifelnden, Genießenden, Fröhlichen, Traurigen, des Clownesken wie des Tragischen, des Lehrers wie des Lernenden.

Besonders Brechts „Geschichten vom Herrn Keuner“ waren der ideale Einstieg für viele von uns. Herr Keuner hörte, dass der 50. Todestag eines Dichters von seinen Kritikern gefeiert werde. „Feiert er mit?“, fragte Herr K. Man sagte ihm, dass man seiner nun auch gedenken wolle. „Gedenkt ihr, euch damit zu nützen?“, fragte Herr K. weiter. „Es geht doch hier nicht um uns, sondern um ihn“, bekam er zur Antwort. Herr K. schüttelte den Kopf: „Wenn es nicht um euch geht, solltet ihr den nutzlosen Dichter vergessen. Dann ist das Feiern unnützlich.“ Nein, diese Keuner-Geschichte ist nicht von Brecht.

An seinem Grabstein sind am 14. August 2006 viele Kränze und Blumen niedergelegt worden, wie es sich zu solchen Gelegenheiten gehört. Brecht hatte aber gemeint:



Foto: Gunda Goedhart/Suhrkamp Verlag

Bertolt Brecht 1898–1956

„Ich benötige keinen Grabstein, aber /Wenn ihr einen für mich benötigt, /Wünschte ich, es stünde darauf:

„Er hat Vorschläge gemacht. Wir /Haben sie angenommen.“ /Durch eine solche Inschrift wären /Wir alle geehrt.“

Machen wir uns nichts vor: Über das, was er uns vordachte und vormachte, haben wir kaum nachgedacht und davon kaum etwas nachgemacht. Wir haben ihn den Deutschlehrern und Theaterkritikern überlassen. Wir haben ihn auf einen Sockel gestellt, weil wir es mit Denkmälern leichter haben. Ein Denkmal stellt nicht die unbequeme Aufforderung: „Denk mal!“ Und Denken – das hieß für Brecht immer: Denkanstoß zum Handeln. Stoßen

wir ihn zunächst mal vom Sockel herunter, damit wir ihm überhaupt wieder zuhören können. Da haben wir tatsächlich seit Jahrzehnten einen deutschen marxistischen Theoretiker des vorigen Jahrhunderts im Bücherschrank stehen – und haben es noch nicht einmal gemerkt.

Als Politiker, als Philosoph der Veränderungen ist Brecht bislang kaum bekannt. Es ist eben der Stückeschreiber, der Dichter, der Theatertheoretiker, der Mann mit dem V-Effekt. Die Wendungen, die uns Brecht anrät, sind von der Art, dass sie nicht nur die große Wende, die Revolution meinen.

Brecht erklärt Näherliegendes: Die Wendigkeit in der Not – die zugleich eine Notwendigkeit ist, wenn die Not

gewendet werden soll. Wer also gegen die geistige und materielle Not der vielen im System der wenigen, der „Großen Unordnung“, angehen will, muss diese Unordnung sehr gut studieren. Sie herrscht als Anarchie der Herrschenden auch in den Köpfen der Beherrschten und schafft dort Gedankenverwirrung.

Herr Keuner begegnet Herrn Wirr, dem Kämpfer gegen die Zeitungen. „Ich bin ein großer Gegner der Zeitungen“, sagt Herr Wirr, „ich will keine Zeitungen.“ Herr Keuner sagt: „Ich bin ein größerer Gegner der Zeitungen: Ich will andere Zeitungen.“ Brecht schrieb: „Das Denken ist ein Verhalten des Menschen zu den Menschen.“

Gehen wir bei ihm in die Denkschule, haben wir gleich von der ersten Stunde an Verhaltenslehre auf dem Plan dieses Klassen-Lehrers. Denken ist also nicht nur ein reines Vergnügen (dennoch das höchste von allen), aber eben auch kein bloßes Sich-Begnügen mit Kopffartistik zur Unterhaltung des werten Publikums, mit dem die intellektuellen Trapez-Truppen gleichzeitig ihren Unterhalt verdienen.

Was zurzeit mit dem armen B. B. in den Theaterarenen angestellt wird (Berliner Ensemble ausgenommen), ist meist nichts anderes als Bildungs-Zirkus, luftige Kunstturnerei weit abgehoben vom Boden der gesellschaftlichen Tatsachen.

Ehren wir ihn, indem wir nicht über ihn reden, sondern mit ihm über uns. Sonst würden wir ihn zum nutzlosen Dichter machen. Und das können wir uns gar nicht leisten. Schließlich ist das der mit dem V-Effekt (V wie Veränderung).

Peter Weidner

Alternativgipfel Lateinamerika – Europa

Parallel zum Regierungsgipfel der EU mit Lateinamerika und der Karibik fand vom 10. bis zum 13. Mai in Wien ein Alternativgipfel der sozialen Bewegungen statt. Daran nahmen 3.500 Personen teil, die 200 Organisationen aus den beiden Kontinenten angehören. Das Motto war: „Enlazando Alternativas“ – Alternativen verbinden, Alternativen zum neoliberalen System, das in den beiden Kontinenten herrscht und schwerwiegende negative soziale und ökologische Folgen hat. Die über 70 Veranstaltungen zentrierten sich um die Schwerpunkte Auswirkungen des Neoliberalismus in Lateinamerika und Europa, politischer Dialog zwischen den Kontinenten, Kooperationsformen für Entwicklung und Militarisierung und Menschenrechte. Dazu gab es das „Permanente Tribunal der Völker“, bei dem 30 europäische Konzerne, die in Lateinamerika tätig sind, angeklagt wurden, darunter auch die Grazer Firma Andritz. Ein Urteil bleibt weiteren Tagungen des

Tribunals vorbehalten. Gefordert wird eine internationale Institution, die endlich Schluss macht mit der Straflosigkeit der Konzerne.

Es gab eine Fülle von Themen, aber die Ablehnung der Freihandelsverträge zwischen EU und Lateinamerika war eine verbindende Aussage aller Veranstaltungen – eine präzise Gegenposition zum Regierungsgipfel. Die EU hat bereits bilaterale Verträge mit Mexiko und Chile, Verträge mit den anderen Staaten des Mercosur und mit Zentralamerika werden angestrebt. So trägt auch die Schlusserklärung den Titel: „Die Sozialbewegungen sagen ‚Nein‘ zum Freihandel zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika.“ Und im Text heißt es: „Die negativen Auswirkungen dieser Verträge für die Bevölkerung Lateinamerikas sind vielfältig: Monopolisierung und Zerstörung der eigenen Industrie, Gefährdung der Grundversorgung, Vernichtung von Arbeitsplätzen, Raubbau an den natürlichen Ressourcen, ökologische Schäden.“ Nicht der

Freihandel darf das Ziel sein, sondern ein gerechter Handel, der zur Wohlfahrt der Bevölkerung beiträgt.

In der offiziellen Propaganda werden die Freihandelsverträge immer als Instrumente hingestellt, die beiden Seiten Vorteile bringen. Leider ist dem nicht so. Oskar Lafontaine sagte dazu: „Erstens müsse die EU für die Wiedereinführung der festen Wechselkurse eintreten, um schwächere Volkswirtschaften vor Instabilität zu schützen und den Finanzspekulationen den Boden zu entziehen, und zweitens müsse der Internationale Währungsfonds reformiert werden, der den finanzschwachen Staaten unter die Arme greifen sollte, anstatt ihnen Auflagen zu diktieren, die sie ruinieren.“

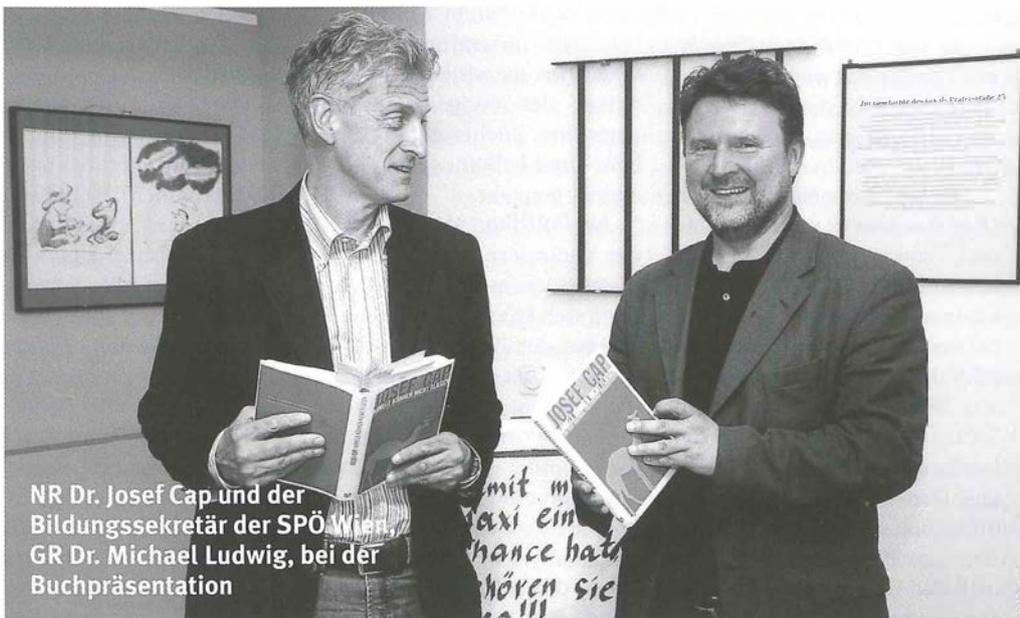
Der Höhepunkt des Alternativgipfels war die Schlussveranstaltung mit den Reden von Hugo Chávez und Evo Morales, den Präsidenten von Venezuela und Bolivien. Kuba war durch Carlos Lage, Vizepräsident des Staatsrates, vertreten. Chávez meinte, ohne die Revolution in

Kuba und ihr Durchhalten gäbe es heute keine bolivarianische Revolution in Venezuela und keinen indigenen Präsidenten in Bolivien. Das bescheidene Auftreten von Morales war beeindruckend, seine Bitte, ihn in seiner Regierungsführung zu kontrollieren, glaubwürdig. Chávez forciert Abkommen der lateinamerikanischen Länder untereinander, er hat mit Kuba den ALBA-Vertrag geschlossen, dem sich auch Bolivien anschließen wird.

Der Alternativgipfel wurde international und in Österreich von der Zivilgesellschaft organisiert und großteils auch so finanziert. Attac, Dreikönigsaktion, Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA), Südwind und Versöhnungsbund bildeten gemeinsam einen Trägerverein, Dutzende andere Organisationen und zahlreiche Einzelpersonen arbeiteten mit. Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer gehören zu den wenigen Organisationen der SPÖ, die den Alternativgipfel auch finanziell unterstützten. ■

Herbert Berger

Caps „Kamele können nicht fliegen“



NR Dr. Josef Cap und der Bildungssekretär der SPÖ Wien, GR Dr. Michael Ludwig, bei der Buchpräsentation

Auf Einladung der Wiener SPÖ Bildung präsentierte der geschäftsführende Vorsitzende des Parlamentsklubs, Dr. Josef Cap, sein aktuelles Buch „Kamele können nicht fliegen“.

Das Buch ist eine pointierte Aufzählung der politischen Ereignisse seit dem Jahr 1999. Ein Einblick in die österreichische Politik sowie in das Scheitern der schwarz-blau-orangen Regierung. Über eine Abrechnung mit der ÖVP-FPÖ-BZÖ-Regierung hinaus, widmet sich Dr. Josef Cap dem Verhältnis zwischen politischen Inhalten und deren Inszenierung. Erhältlich ist das Buch in der Buchhandlung Löwelstraße, 1010 Wien. ■



Bombenalarm: Neue „HJ“ als Täter?

Bombenalarm ist am 11. September vor dem Büro der Muslimischen Jugend Österreich (MJÖ) in Wien-Rudolfsheim-Fünfhaus ausgelöst worden. Auf dem Gehsteig vor dem Lokal der Organisation in der Märzstraße war ein verdächtiges Paket mit der Aufschrift „4. Juli 1926, Weimar“ deponiert worden, wie Doris Edelbacher vom Wiener Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) bestätigte.

Der Entschärfungsdienst brachte das Paket zur Explosion. Darin befanden sich Gaskartuschen und Kabel. Ob es sich um einen funktionstüchtigen Sprengsatz handelte, war zunächst unklar. Alexander Osman, Sprecher der MJÖ in Wien, sagte der APA, dass es sich um eine Box in der Größe einer Schuhbox handelte. Darauf sei mit braunem Klebeband ein Zettel mit der Aufschrift „4. Juli 1926, Weimar“ befestigt gewesen. Osman vermutete einen möglichen Zusammenhang mit der Zehn-Jahre-Feier der MJÖ, die am vergangenen Wochenende in Wien abgehalten

wurde und die „medial ein bisschen größer behandelt“ worden sei. Drohungen gegen die Muslimische Jugend – die zur Islamischen Glaubensgemeinschaft gehört – habe es in der Vergangenheit nicht gegeben.

Die Aufschrift „4. Juli 1926, Weimar“ weist offenbar auf einen rechtsextremistischen Hintergrund hin: Im Deutschen Nationaltheater Weimar fand der erste Reichsparteitag der NSDAP nach der zeitweisen Verbindung mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei statt. Dabei wurde die „Hitler-Jugend“ gegründet. Hitler war nach dem Münchner Putschversuch zu einer Festungshaft verurteilt worden, die er in Landsberg verbüßt hatte. In Weimar konnte er seine parteiinterne Führungsposition wieder einnehmen. Die Verwendung dieser Aufschrift deutet laut Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) darauf hin, dass es sich bei dem Deponieren des Pakets „nicht um einen Lausbubenstreich handelte“. Seit einem Jahr beobachtet man in der Wiener Szene eine Abkapselung,

verbunden mit konspirativem Verhalten, sagte ein Experte des DÖW der APA.

Ein Beispiel dafür sei die neonazistische Kameradschaft A.D.F. Wien, die erst seit kurzem im Internet aktiv ist. In der Szene steht das Kürzel A.D.F. für die Parole „Auf den Führer!“ „Die Zeit der Rekrutierung ist vorbei“, sagte der DÖW-Vertreter. Es kommt zu einer Zellenbildung, auch ehemalige Führungskader der Neonazistischen und verbotenen Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition (VAPO) sollen wieder aktiv sein. Das Zentrum der rechtsextremen Aktivitäten soll ein einschlägig bekanntes Lokal in Ottakring sein, wo auch Aktivisten der Neonazi-Skinhead-Gruppierung „Blood and Honour“ (Blut und Ehre, der Spruch von der Gürtelschnalle der Hitlerjugend) ihren Treffpunkt hatten.

Der Integrationsbeauftragte der Islamischen Glaubensgemeinschaft (IG), Gemeinderat Omar Al-Rawi, zeigte sich im Gespräch mit der APA bestürzt über den Bombenalarm. „Man sieht,

wie man mit islamfeindlichen Methoden wirklich Aggressionen entfacht“, sagte er in Bezug auf den derzeitigen Wahlkampf von FPÖ und BZÖ.

Dass ein Zusammenhang zu seiner Person und den Wirbel um den gefälschten Briefwechsel zu Halbmonden statt Gipfelkreuzen bestehen könnte, bezweifelte Al-Rawi: „Das wäre ein bisschen zu weit hergeholt.“ Anfangs habe er zwar einige erboste Anrufe erhalten, doch inzwischen gebe es wohl kaum noch jemanden, der nicht wisse, dass es sich um eine Fälschung gehandelt habe. Die polizeilichen Erhebungen waren bei Redaktionsschluss noch im Gange.

Der Fund des verdächtigen Pakets war übrigens nicht der erste derartige Vorfall in Wien in den vergangenen Monaten.

Im November 2005 explodierte vor einer Moschee in Hernals ein Sprengkörper. Im April dieses Jahres wurde ein Brandanschlag auf den islamischen Friedhof in Liesing verübt. Die Täter wurden in beiden Fällen nicht ausgeforscht. ■

Wir gratulieren

Zum 101. Geburtstag: Karoline Schmied, Bruck/Mur. **97. Geburtstag:** Margarethe Edletzberger, Völkermarkt; Maria Grasgruber, Christine Sachs, Wien. **96. Geburtstag:** Dir. Franz Kramer, Graz; Stefanie Doleyschi, Salzburg; Jakob Pulverer, Steindorf. **95. Geburtstag:** Maria Barock, Rudolf Rauscher, Wien. **94. Geburtstag:** Leonhard Krangler, Rennweg; Karl Heinz, Fritz Weber, Wien. **93. Geburtstag:** Ida Nager, Gratkorn; Kurt Wasserberger, Rehovoth; Ernestine Divoky, Hermine Filipic, Wien. **92. Geburtstag:** Rudolf Kasper, Wilhelm Spitzer, Wien. **91. Geburtstag:** Fritz Inkret, Leoben. **90. Geburtstag:** Franz Hellwagner, Braunau/Inn; Maria Kaiser, Innsbruck; Roman Strassmair, Linz; Valerie Langer, NR a. D. Maria Metzger, Valerie Schüssel, Wien. **85. Geburtstag:** Franz Frieht, Feldkirchen; Elsa Zillinger, Linz; Hermine Regal, Mödling; Franz Glatzl, Wiener Neustadt; Walter Barchant, Anton Forster, Adelheid Holzinger, DVw. Horst Klammerth, Leopoldine Kredba, Ida Prasch, Hildegard Schmidt, Michael Topeiner, Steffi Vater, Mag. GR a. D. Hildegard Wondratsch, Wien. **80. Geburtstag:** Dr. Raimund Maier, Graz; Charlotte Dieter, Kapfenberg; Reinhold Huber, Patergassen; Karl Schmölz, St. Georgen; Hildegard Cseh, Margaretha Fenninger, Jakob Foidl, Johann Guth, Helene Holubarz, Eugenie Nentwich, Walter Packert, Hilda Rechnitzer, Elfriede Sowa, Wien. **75. Geburtstag:** Rupert Schwaiger, Haid/Ansfelden; Brigitta Ganaus, Linz; Dipl.-Ing. Franz Loidolt, Perchtoldsdorf; Johann Oberhauser, Schwechat; Rosi Hörtnner, Maria Meyer, Leopold Münzner, Edith Muzylzyn, Steffi Seibetseder, Theresia Unger, Wien.

Das Gedächtnis der Partei

Der Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA) mit dem Sitz im ehemaligen „Vorwärts“-Gebäude an der Rechten Wienzeile ist nicht nur der Verwahrer des Archivs der österreichischen Sozialdemokratie (im obersten Stockwerk befindet sich auch das Kreisky-Archiv), sondern seine Mitarbeiter unter der Leitung von Dr. Wolfgang Maderthaner befassen sich auch mit der schriftlichen Darstellung von Ereignissen und Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung. Neben Büchern, für die sie als Verfasser aufscheinen, bilden die seit Jahren erscheinenden VGA-Dokumentationen wertvolle Darstellungen von bedeutsamen und informativen, oft wenig bekannte Details berührenden Kapiteln aus der reichen Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung.

Auf die zwei jüngsten Publikationen sei beispielhaft hingewiesen. Als „Versuch einer Bilanz“ werten die Autoren das Heft „60 Jahre SPÖ – 60 Jahre Zweite Republik“, das exemplarisch den Beitrag der österreichischen Sozialdemokratie zur Er-



Oscar und Marianne Pollak, das bis in den Tod unzertrennliche Paar

folgsgeschichte der wiedererstandenen Republik Österreich sichtbar macht. Im Mittelpunkt stehen die Sternstunden der Zweiten Republik: Vom „Roten Salon“, wo die Zukunftsaufgaben der Partei noch mitten im Kampf um Wien skizziert wurden, über das Wirken Adolf Schärfs, die neue Sozialgesetzgebung, Staatsvertrag und Neutralität, die Ära Kreisky bis zu den jeweiligen sozialistischen

Beiträgen zu den Sachbereichen der Politik. Zuletzt riskieren die Autoren einen Blick in die Zukunft als neue Herausforderung für die SPÖ. Wie immer, wurde auch diese Dokumentation mit interessanten Fotos aus dem auch durch die Einverleibung des AZ-Archivs reichen VGA-Bestand ergänzt.

Die zweite Dokumentation befasst sich mit der Persönlichkeit des von 1931 bis 1934 und

dann wieder von 1945 bis 1962 als Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“ und so gewissermaßen als „Hauptmieter“ des 2. Stocks fungierenden Dr. Oscar Pollak. Da dazu die bis zum gemeinsamen Tod durchlebte Verbundenheit mit seiner Frau gehört, titelt sich die Dokumentation „Marianne & Oscar Pollak – Die Geschichte zweier Leben“. Die Autorin Brigitte Lehmann ist darin (neben der Darstellung des gerade in den kritischen Tagen der Besatzungszeit große Tragweite erhaltenden publizistischen Wirkens der Pollaks) vor allem auf deren wenn man will private – soweit eine solche bei Persönlichkeiten diesen Kalibers von der politischen zu trennen ist – Seite ihres Lebens eingegangen. Sie hat dazu als Hauptquelle den Nachlass von Marianne und Oscar Pollak aufgearbeitet, der von dessen Sekretärin Grete Helfgott dem VGA übergeben worden war. Die daraus veröffentlichten Bilder und Dokumente lassen erahnen, wie bedeutsam diese Verbindung war, die Marianne selbst durch den Tod Oscars nicht zerreißen wollte. ■

Manfred Scheuch

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe: Herbert Berger, Herbert Exenberger, Annemarie Hopfgartner, Edith Krisch, Ernst Nedwed, Gerald Netzl, Manfred Scheuch, Herta Slabina, Ernst Meir Stern, Alfred Ströer, Peter Weidner. **Grafische Gestaltung:** Magda Niemiec. **Lektorat:** Roswitha Singer-Valentin. **Redaktionsschluss dieser Ausgabe:** 15. September 2006. Nächstes Heft: Dezember 2006.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: <http://www.freiheitskaempfer.at> **Produktionsleitung:** echomedia verlag ges.m.b.h., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 70 86-0. **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt **Zulassungsnummer:** GZ 02203355M

**FRAU
THEKLA SCHWANTNER
DARINGERG. 14/25/6
1190 WIEN**